Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4693

Auswärtiges Amt

Bonn, den 16. Oktober 1969

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union**

Bezug: **Beschlüsse des Deutschen Bundestages vom 22. Februar und 28. April 1967 — Drucksachen V/1010, V/1653 —**

Ich habe die Ehre, als Anlage den mit Beschluß des Deutschen Bundestages zum 1. Oktober 1969 erbetenen Halbjahresbericht über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union zu übermitteln.

In Vertretung

Duckwitz

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. (0 22 29) 6 35 51

DIE WESTEUROPÄISCHE UNION

Halbjahresbericht der Bundesregierung für die Zeit vom 1. April 1969 bis 30. September 1969

Inhaltsverzeichnis

Die Westeuropäische Union

I.

1. Allgemeines

Der Ministerrat trat am 5. und 6. Juni 1969 in Den Haag unter niederländischem Vorsitz zusammen. Die Ratstagung fand ohne französische Teilnahme statt. Wegen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der politischen Konsultationen verfolgte Frankreich seit Februar 1969 im Rat eine Politik des leeren Stuhls und nahm lediglich an den Arbeiten der WEU-Versammlung sowie der Pariser Dienststellen (Rüstungskontrollamt, Ständiger Rüstungsausschuß) teil.

2. Die politischen Konsultationen

a) Wichtigstes Thema der Ministerkonsultationen in Den Haag war der Stand der europäischen Zusammenarbeit.

Alle Delegierten waren der Ansicht, daß sich noch im Herbst 1969 gewisse Möglichkeiten für Fortschritte in der Europapolitik ergeben könnten.

Sie stimmten darin überein, daß sich die erhoffte neue Bewegung in europäischen Dingen auch auf die Vertiefung und Verstärkung der politischen Konsultationen in der WEU erstrecken müsse. Umsomehr bedauerten sie das Fernbleiben der französischen Delegation. Sie erklärten wiederholt ihre Bereitschaft, die Rückkehr Frankreichs an den Ratstisch zu erleichtern und betonten, daß die konstruktive Tätigkeit des Rats seit Februar 1969 weder Stellung noch Interessen Frankreichs beeinträchtigt habe. Die in Luxemburg im Februar aufgeworfenen Verfahrensfragen im Zusammenhang mit politischen Konsultationen wurden nicht vertieft, und es bestand Einigkeit, daß jetzt nicht der richtige Zeitpunkt sei, ein förmliches Konsultationsverfahren festzulegen.

Der Bundesminister des Auswärtigen erklärte, daß die europäische Ausrichtung der deutschen Politik nicht durch die bevorstehenden Wahlen zum Bundestag in Frage gestellt werde, da alle maßgeblichen politischen Kräfte in Deutschland in Fragen der europäischen Einigung übereinstimmten. Er erinnerte an die deutschen Vorschläge für handelspolitische Zwischenlösungen, die zwar kein Ersatz für den Beitritt seien, aber dazu dienen könnten, beitrittswillige Staaten und Gemeinschaft wirtschaftlich anzunähern. Der Bundesminister stellte dann fest, daß wirtschaftliche und politische Einigung zwar eng miteinander verknüpft seien, aber nicht notwendigerweise in jedem Stadium im gleichen Teilnehmerkreis vorangetrieben zu werden brauchten. Sicher sei lediglich, daß die sieben WEU-Staaten an beidem teilnehmen müßten. Es sei daher erwägenswert, noch vor Jahresende eine Konferenz der sieben Regierungschefs außerhalb der bestehenden Organisationen einzuberufen, auf der man sich über einen Zeitplan für die Lösung der anstehenden europäischen Probleme verständigen könne. Dazu gehörten z. B. Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien sowie mit Dänemark, Norwegen und Irland, das künftige Verhältnis der Europäischen Gemeinschaften zu Schweden, Österreich und der Schweiz, die künftige Arbeit der WEU, die politische Zusammenarbeit und schließlich gesamteuropäische Fragen.

Außenminister Stewart sprach die Hoffnung auf eine positive Grundsatzentscheidung in der Beitrittsfrage aus und plädierte für baldigen Beginn von Beitrittsverhandlungen, die kurz sein und sich auf die wesentlichen Probleme beschränken sollten. Er betonte wiederholt, daß die britische Regierung in der erweiterten Gemeinschaft die Grundlage für ein vereintes Europa sehe.

b) Der Bundesminister des Auswärtigen leitete die Konsultationen über Ost-West-Fragen mit einer Analyse der Probleme der Europäischen Sicherheitskonferenz ein, die in allen wesentlichen Punkten die Zustimmung der übrigen Delegationen fand. Der neue Ton der Budapester Erklärung sowie die sehr unterschiedlichen Reaktionen in Ostberlin und den osteuropäischen Hauptstädten deuteten eine gewisse Klimaänderung an. Der Westen müsse die Warschauer-Pakt-Staaten beim Wort nehmen und versuchen herauszufinden, welche Vorstellungen die einzelnen osteuropäischen Staaten mit dem Budapester Appell verbinden. Die in der Erklärung erwähnten gemeinsamen Projekte sollte man schon vor einer Konferenz in Angriff nehmen. Der Osten habe in Budapest anerkannt, daß die deutsche Frage ein europäisches Problem sei. Wenn sie nicht zu einem unüberwindlichen Hindernis für die Lösung der europäischen Fragen werden solle, müsse vor einer Konferenz das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands geklärt werden. Ihre Einstellung zu den von der Bundesregierung vorgeschlagenen zwischendeutschen Regelungen werde ein Hinweis darauf sein, wie ernst es den Warschauer-Pakt-Staaten mit einer wirklichen Lösung der europäischen Sicherheitsprobleme sei. Auf jeden Fall müsse sich der Westen auf eine längere Debatte dieser Fragen einstellen. Auch der Osten rechne nicht mit einer Konferenz vor Ablauf von ein bis zwei Jahren. Die Konferenz könne nur dann Erfolg versprechen, wenn alle Beteiligten in folgenden vier Punkten übereinstimmten:

keine Vorbedingungen, volle Beteiligung nordamerikanischer NATO-Partner, gründliche Vorbereitung und begründete Aussicht auf Fortschritt in der Frage der europäischen Sicherheit.

Die übrigen Delegationen stimmten dieser Analyse weitgehend zu und setzten sich dafür ein, in Sondierungen herauszufinden, wie ernst der Osten an wirklichen Lösungen interessiert ist. Die Briten neigten zu einer etwas skeptischeren Beurteilung der Lage und wiesen darauf hin, daß Moskau Fragen der europäischen Sicherheit weiterhin für seine Propaganda ausnutzen werde.

c) Außenminister Stewart führte die Konsultationen über die Lage im Mittelmeer und im Nahen Osten mit einem Bericht über den Stand der New Yorker Vierer-Gespräche ein. Die anderen Delegationen berichteten über ihre Kontakte mit Arabern und Israelis.

Alle Delegationen stimmten einer britischen Analyse der sowjetischen Aktivität im Mittelmeer zu. Danach stellt die militärische Präsenz der Sowjets im Mittelmeer noch keine direkte Bedrohung westlicher Positionen dar. Moskau sei offenbar daran gelegen, die Spannung im Mittelmeer aufrechtzuerhalten, ohne eine direkte Konfrontation mit den USA zu riskieren. Es wolle außerdem als Schwarzmeermacht seinen Anspruch auf Anwesenheit im benachbarten Mittelmeer durchsetzen, den es weder den USA noch Großbritannien zugestehe. Der Westen müsse die Entwicklung der Lage genau beobachten und in engem Kontakt in NATO und WEU die angemessene Antwort finden.

Staatssekretär Jahn erläuterte in diesem Zusammenhang die deutsche Haltung gegenüber den arabischen Staaten Irak, Sudan und Syrien sowie gegenüber Kambodscha, die kürzlich die „DDR" anerkannt hatten. Er wies auf die Erklärung der Bundesregierung vom 23. Mai 1969 hin und stellte fest, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit allein mit den Regierungen möglich sei, die sich in der nationalen Lebensfrage auf die Seite des deutschen Volkes stellten. Die freundschaftliche Einstellung Deutschlands zu den arabischen Völkern werde aber durch die Politik einiger Regierungen nicht zerstört. Das deutsche Hilfsprogramm für Palästinaflüchtlinge laufe z. B. weiter.

d) Die Minister erörterten außerdem die Griechenlandfrage und die Lage in Nigeria/Biafra.

3. Die wirtschaftspolitischen Konsultationen

Die Abwesenheit der französischen Delegation hatte auch Auswirkungen auf die wirtschaftspolitischen Konsultationen im Ministerrat der Westeuropäischen Union: Die französische Regierung war nicht bereit, an der Einladung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Teilnahme an der Ratstagung mitzuwirken. Um eine unnötige Konfrontation der Standpunkte zu vermeiden, beschlossen daher die übrigen Mitgliedsregierungen, bei der Tagung in Den Haag ausnahmsweise auf den sogenannten zweiten Tag zu verzichten und die wirtschaftspolitischen Konsultationen unter Beteiligung der Kommission bei der nächsten Ratstagung wieder aufzunehmen. Dennoch wurde auf der Ratstagung in Den Haag insbesondere das Problem der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften erörtert. Hierbei brachten alle teilnehmenden Delegationen den Wunsch nach baldiger Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zum Ausdruck.

4. Der Ständige Rat

Der Ständige Rat trat etwa alle zwei Wochen unter dem Vorsitz des Generalsekretärs in London zusammen und erledigte die laufenden Arbeiten. Er stellte den Jahresbericht 1968 des Rats an die Versammlung fertig und beantwortete die Empfehlungen 166—179 der Versammlung.

Auf der Grundlage der Vorschläge einer besonderen Arbeitsgruppe prüfte der Rat die durch die französische Politik des leeren Stuhls entstandenen Probleme. Die sechs Delegationen kamen zu dem Ergebnis, daß der Rat nach dem revidierten Brüsseler Vertrag berechtigt und verpflichtet sei, seine Arbeit fortzusetzen. Die Meinungsverschiedenheiten mit der französischen Regierung seien politischer und nicht juristischer Natur. Es komme daher darauf an, politische Anknüpfungspunkte für eine Lösung der Krisis zu suchen, die für alle Mitgliedstaaten annehmbar seien. Die sechs Delegationen waren übereinstimmend der Auffassung, daß der Rat sich bemühen müsse, die Rückkehr Frankreichs an den Ratstisch zu erleichtern, und erklärten ihre Bereitschaft, Frankreich über die Arbeiten des Rats auf dem Laufenden zu halten und die besonderen französischen Interessen zu berücksichtigen.

Auf Grund des Auftrags der Minister in Luxemburg prüfte der Rat Vorschläge zur Verbesserung der außenpolitischen Konsultationen in der WEU. Die Erörterungen zeigten weitgehende sachliche Übereinstimmung des sechs Delegationen. Der Rat sah aber davon ab, in Abwesenheit eines Partners in dieser Angelegenheit Entscheidungen zu fällen.

Der Ständige Rat führte die bereits im vorhergehenden Halbjahr erweiterten und verstärkten außenpolitischen Konsultationen fort. Die wichtigsten Themen waren der Nahe Osten, die Griechenlandfrage, Nigeria/Biafra und die 24. Tagung der ECE in Genf. Hinzu kam der fortlaufende intensive Gedanken- und Erfahrungsaustausch in Ost-West-Fragen.

Ganz allgemein besteht der Eindruck, daß die politischen Konsultationen im Rat der WEU deutlich gezeigt haben, was mit einer substantiellen Tagesordnung und sustantiellen Diskussionsbeiträgen erreicht werden kann.

II.

Tätigkeit der WEU-Versammlung

Zu Beginn ihrer 15. Ordentlichen Sitzung, deren erste Hälfte vom 17. bis 19. Juni 1969 in Paris stattfand, wählte die Versammlung den belgischen Sozialisten Housiaux zum Präsidenten. Als amtierender Ratsvorsitzender präsentierte Außenminister Luns den Jahresbericht des Rats und beantwortete Fragen der Abgeordneten.

Die Debatte stand im Zeichen der Ungewißheit über die französische Europapolitik nach den Präsidentenwahlen in Frankreich. Abgeordnete und Regierungsvertreter bemühten sich, jeden Anschein eines Drucks auf die französischen Mitglieder der Versammlung zu vermeiden. Lord Chalfonts ausführliches Eingehen auf das französisch-britische Verhältnis und seine Rolle für Europa wurde als versöhnliche Geste begrüßt. Außenminister Luns versicherte als amtierender Ratsvorsitzender, daß in Abwesenheit Frankreichs im WEU-Rat nichts geschehen sei, was französischen Interessen entgegenlaufe.

In einer Entschließung vom 17. Juni erinnerte die Versammlung an den Volksaufstand des 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und bekräftigte ihre Solidarität mit allen europäischen Völkern, die in Freiheit und Recht leben wollen.

Die politische Debatte konzentrierte sich am 18. und 19. Juni auf der Grundlage der Berichte der Abgeordneten Destremau, Griffiths und van der Stoel auf die Ost-West-Beziehungen, den Mittelmeerraum und den Nahen Osten sowie die politische Organisation der europäischen Verteidigung. Die Versammlung billigte die Empfehlungen 180—186.

III.

Verhältnis zwischen Rat und Versammlung

Die Beziehungen zwischen Rat und Versammlung haben sich auch in der Berichtszeit erfreulich entwickelt. Die mannigfaltigen Kontakte auch außerhalb der Sitzungsperioden der Versammlung wurden fortgeführt.

In der Kontroverse, die zur Einstellung der französischen Mitarbeit führte, hat die Versammlung, die sich seit langem für eine Intensivierung der politischen Konsultationen eingesetzt hatte, das Vorgehen des Rats gebilligt, und hat sich durch ein Schreiben der französischen Regierung an den Greffier vom 30. April 1969, in dem die in Abwesenheit der französischen Delegation gebilligten Dokumente des Rats als ungültig bezeichnet werden, nicht abhalten lassen, den Jahresbericht 1968 und die Antworten auf die Empfehlungen 166—179 entgegenzunehmen. Die günstige Entwicklung der Beziehungen zwischen Rat und Versammlung erhielt einen wesentlichen Auftrieb dadurch, daß sich der amtierende Ratsvorsitzende Luns am 17. Juni einen ganzen Tag den Abgeordneten zur Verfügung stellte und sehr offen und ausführlich ihre Fragen beantwortete.

Der politische Ausschuß der WEU-Versammlung hielt am 2. Juli 1969 in Bonn eine Tagung mit den Vorsitzenden der außenpolitischen Ausschüsse der nationalen Parlamente ab. Auf Einladung des Ausschusses referierte der Bundesminister des Auswärtigen über Fragen der Europa-Politik.

IV.

Die Tätigkeit des Rüstungskontrollamtes der WEU

In guter Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden hat das Rüstungskontrollamt der Westeuropäischen Union (Amt) anhand der ihm übermittelten statistischen und Haushalts-Angaben und der Antworten auf die besonderen Auskunftsersuchen für das Kontrolljahr 1968 seine Tätigkeit fortgesetzt. An Ort und Stelle (bei den Streitkräften, in militärischen Depots und in Produktionsanlagen) wurde die Höhe der Waffenbestände kontrolliert und die Nichtherstellung bestimmter Waffengattungen festgestellt. Besondere Hervorhebung verdient ein Besuch, den Vertreter des Amtes im Juni 1969 dem Institut in Aerobiologie in Grafschaft/Hochsauerland abstatteten. Sie überzeugten sich von der Unhaltbarkeit der Behauptungen, die in Ost-Berlin der ehemalige Institutsangehörige Dr. Petras über eine vertragswidrige Produktion biologischer Waffen aufgestellt hatte.

Der Gedankenaustausch zwischen den Bundesressorts und dem Amt über rechtliche und technische Probleme der Rüstungskontrolle wurde fortgesetzt. Auch im Berichtszeitraum konnte — aus den bekannten Gründen — das Rechtsschutzabkommen nicht in Kraft treten. Den Kontrollen im Produktionsbereich müssen daher die betroffenen Unternehmen und die zuständigen Behörden weiterhin zustimmen.

V.

Die Tätigkeit des Ständigen Rüstungsausschusses der WEU

Da der Rat der WEU die ihm vorliegende „Studie über die Rüstungszusammenarbeit" bisher nicht abschließend behandelt hat, fand die Arbeit des Ständigen Rüstungsausschusses in der Berichtszeit in seinen Untergruppen statt.